

Historikertext zur „Gleichschaltung“ der Presse in Südbaden

„Vierte“ Gewalt

Medien gelten landläufig neben der Exekutive, Legislative und Judikative als „vierte“ staatliche Gewalt. Wenngleich Medien im Allgemeinen und die Presse im Besonderen in liberalen Demokratien keinen staatlichen Auftrag zur Kontrolle der drei Gewalten besitzen, informiert eine freie und kritische Berichterstattung die Bürgerinnen und Bürger über politische Entscheidungsprozesse und trägt maßgeblich zur Meinungs- und Willensbildung bei. Durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist sowohl die freie Meinungsäußerung als auch die Pressefreiheit geschützt.

In illiberalen Demokratien hingegen und insbesondere in Diktaturen wurden in der Vergangenheit und werden in der Gegenwart (digitale) Medien als Propaganda- und Erziehungsinstrumente missbraucht.

Nazifizierung der Presse...

Unmittelbar nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurden sukzessive die Freiheitsrechte der Medien in Deutschland beschnitten und „gleichgeschaltet“. Wenige Tage nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten ermöglichte die Notverordnung vom 4. Februar „zum Schutze des Deutschen Volkes“ massive Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit. Wenige Wochen später führte die sogenannte Reichstagsbrandverordnung am 28. Februar zur Aufhebung der in der Weimarer Verfassung fest verankerten Pressefreiheit, bevor es am 23. März durch das sogenannte Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung fortan möglich war, Gesetze ohne das Parlament zu erlassen. Die letzte Etappe zur Nazifizierung und „Gleichschaltung“ der Presse in Deutschland stellte das „Schriftleitergesetz“ vom 4. Oktober dar, welches staatlich regelte, wer für die Öffentlichkeit schreiben und publizieren durfte.

Im vorliegenden Beitrag soll anhand ausgewählter Artikel aus der Regionalpresse Offenburgs und Freiburgs im Breisgau unterrichtlich der Frage nachgegangen werden, wie sich die „Gleichschaltung“ der Presse in Südbaden vollzog. Ein besonderer Fokus wird hierbei auf die Monate unmittelbar vor und nach der „Machtergreifung“ im Jahr 1933 gerichtet, um auch Möglichkeiten widerständigen Verhaltens in der Frühphase nationalsozialistischer Herrschaft durch die Macht der Worte in der Tagespresse zu erörtern.

...in Südbaden: Offenburg

Die Bevölkerung Offenburgs betrug im Jahr 1925 knapp 17.000 Einwohner und war in der Mehrzahl (73,9%) katholisch. Mit der „Offenburger Zeitung“ war in der Hochburg des politischen Katholizismus auch das führende Blatt Mittelbadens ansässig. Mit dem liberalen „Offenburger Tageblatt“ und dem sozialdemokratischen „D'r alt Offeburger“ besaß die Ortenaumetropole in der Weimarer Republik eine politisch vielfältige Presselandschaft.

Wie vielstimmig dort politisch bis unmittelbar kurz vor der „Machtergreifung“ noch über das Tagesgeschehen berichtet wurde, zeigt sich beispielsweise an der bis dato schwersten Saalschlacht zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Dreikönigssaal in Offenburg am 20. Januar 1933. Im Verlauf dieser Massenschlägerei wurden 40 Personen zum Teil schwer verletzt. Die örtliche Sicherheitspolizei räumte schließlich die Kundgebung. Unmittelbar im Anschluss berichtete „D'r alt Offeburger“ spöttisch über die Veranstaltung von einer ersten „Kostprobe der Hakenkreuzkultur des 3. Reiches“. Im „Offenburger Tageblatt“ hingegen wurden sowohl ein Schreiben der örtlichen NSDAP als auch der Kommunistischen Partei zu den Vorkommnissen am Vorabend gedruckt.

Gerade das sozialdemokratische Wochenblatt „D'r alt Offeburger“, seit 1899 von Adolf Geck verlegt, wurde bereits am 18. März 1933 durch die Nationalsozialisten verboten. Doch bis zur sogenannten Verbotsausgabe am 18. März war „D'r alt Offeburger“ weiter Sprachrohr oppositioneller Stimmen, die sich beißend ironisch, gar spöttisch zum politischen Geschehen in Deutschland und zur neuen Reichsregierung mit Reichskanzler Adolf Hitler äußerten. Aber auch über lokale Ereignisse, wie das symbolische Hissen der Hakenkreuzfahne am Rathaus Offenburgs, wurde am 11. März, eine Woche vor dem Verbot der Zeitung, berichtet und bisweilen scharf kritisiert.

...in Südbaden: Freiburg im Breisgau

Die Freiburger Bürgerschaft war überwiegend im Katholizismus verankert und wählte bei Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen traditionell mehrheitlich das Zentrum. Aus diesem Grund fiel es den Nationalsozialisten vergleichsweise schwer, in Freiburg Fuß zu fassen. So blieb die NSDAP bei den beiden Reichstagswahlen im Juli und November 1932 mit 29,6 % bzw. 22,4 % sogar noch unter dem Landesdurchschnitt. Erst bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erreichte sie mit 35,8 % der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis und wurde stärkste Partei in Freiburg. Dies gelang vor allem deshalb, weil ihr – wie in vielen anderen Teilen Deutschlands auch – die Mobilisierung der bisherigen Nichtwähler gelang und sie Gewinne zu Lasten von DVP und DNVP verbuchen konnte. Jedoch auch hier lag das Freiburger Wahlergebnis ca. 10% unter dem badischen.

Zu diesem Zeitpunkt stellte die NSDAP bereits einige Sitze in den beiden Freiburger Ratsgremien und war mit 14 Stadtverordneten und drei Stadträten hinter Zentrum und SPD die drittstärkste Fraktion im Bürgerausschuss und im Stadtrat. Einer der Stadtverordneten der NSDAP war Franz Kerber, der Schriftleiter des „nationalsozialistischen Kampfblatts“ „Der Alemanne“.

Dieser setzte alles daran, den amtierenden Oberbürgermeister Karl Bender (Zentrum) aus dem Amt zu drängen und selbst Oberbürgermeister zu werden. Dabei nutzte er seine Position als Hauptschriftleiter des „Alemannen“, um durch gezielte, stellenweise mehrseitige Verleumdungskampagnen, Druck auf OB Bender aufzubauen, um diesen schließlich dazu zu bringen, sich auf eigenen Antrag „aus gesundheitlichen Gründen“ zu beurlauben.

„Der Alemanne“ war eine von den Nationalsozialisten herausgegebene Tageszeitung, die im Raum Freiburg seit dem 1. November 1931 erschien. Die Zielsetzung der Zeitung bestand laut Geleitwort der ersten Ausgabe vom 1. November 1931 darin, den Kampf mit der „Systempresse“ aufzunehmen.

Das Gewicht der politischen Presse war gemessen an ihrer Auflage mit ca. 70 % der Tageszeitungen in Baden weitaus höher als das der nichtpolitischen. Gerade die kommunistischen und sozialdemokratischen Blätter standen im Fokus der Nationalsozialisten, als im Frühjahr 1933 erste „Säuberungen“ durchgeführt wurden. Hauptnutznießer der Verbote der kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen war die NS-Presse um das Zentralorgan des Gaus herum, den seit 1927 in Karlsruhe erscheinenden „Führer“, aus welchem heraus 1931 auch der „Alemanne“ in Freiburg als Ableger entstand. Nicht zuletzt dieser Stellung der Zeitung war es zu verdanken, dass es Kerber gelang, Bender in erstaunlich kurzer Zeit, nämlich bereits am 9. April 1933, zum Rücktritt zu bewegen.

Zeitungen, die eher dem bürgerlichen Lager zuzuordnen waren sowie die Zentrumspresse blieben in der frühen Phase der Gleichschaltung noch verschont. Mithilfe dreier Anweisungen, die der Präsident der Reichspressekammer im April 1935 erlassen hatte (Amann-Anordnungen), wurden jedoch sukzessive auch diese Zeitungen gleichgeschaltet, indem sie wirtschaftlich durch Verlagsanstalten übernommen wurden, die unter nationalsozialistischer Kontrolle waren.

In Freiburg gab es jedoch für die Bürgerinnen und Bürger neben dem nationalsozialistischen „Alemannen“ auch nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten noch jahrelang zwei alternative Zeitungen: die seit 1784 erscheinende „Freiburger Zeitung“ war erst ab 1936 im Besitz der Vera Verlagsanstalt GmbH aus Berlin, einer Tochter des Zentralverlags der NSDAP, dem Franz-Eher-Verlag. Daneben existierte noch 1937 die „Freiburger Tagespost“, ein altes Zentrumsblatt, das auch nach 1933 noch in stark limitierter Auflage weiter publizieren konnte und erst 1940 von der „Freiburger Zeitung“ übernommen wurde.

Verfassertext (Florian Hellberg und Tobias Roth)